

Donnerstag, 4. April 2024

## Region

# Mehr Geld für Biel dank 13. AHV-Rente

Die 13. AHV-Rente bringt mehr Steuereinnahmen. Für Biel gibt es laut Urs Stauffer, Ex-Steuerchef der Stadt, «gut 1,5 Millionen mehr». Gemeinderat Beat Feurer rechnet bloss mit knapp der Hälfte.

Werner De Schepper

Die ganze Schweiz diskutiert seit Wochen, wie die vom Volk bewilligte 13. AHV-Rente finanziert werden soll. Dass die 13. AHV-Rente aber auch mehr Geld in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden spülen wird, ist noch kein Thema. Wenn ab 2026 jeder Rentner, jede Rentnerin und jedes Rentner-Ehepaar ein paar Tausend Franken mehr AHV pro Jahr kriegen, müssen sie das auch versteuern.

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischer Gewerkschaftsbundes, rechnet damit, dass die Kantone und Gemeinden im Land rund 700 Millionen Franken mehr einnehmen werden. Das «Bieler Tagblatt» wollte wissen, ob Lamparts Rechnung stimmt und was das zum Beispiel für die klappe Kasse der Stadt Biel bedeutet.

Ein Kenner der Materie ist der Bieler Urs Stauffer. Er sitzt im Vorstand der städtischen Steuerkonferenz Schweiz und sagt: «Ja, Lamparts Rechnung dürfte in dieser Grössenordnung glaubwürdig sein.» Für Biel macht Stauffer als Ex-Steuerwalter der Stadt folgende Rechnung: «Ich gehe davon aus, dass ab 2026 in dieser Stadt rund 4000 AHV-Rentnerpaare zirka 3000 Franken mehr Rente im Jahr versteuern werden.»

Weil Rentner und Rentnerinnen kaum Abzüge machen können, komme das ziemlich netto als höherer Lohn in die Steuererklärung. Das allein gibt in Stauffers Rechnung mindestens 800 000 Franken mehr Ge-

meindesteuern. Dazu kommen 2026 noch etwa 4000 AHV-Einzelbezüger, die im Schnitt etwa 2000 Franken mehr versteuern werden. Das gäbe nochmals mindestens 530 000 Franken. «Total erachte ich deshalb fürs Budget der Stadt Biel im Jahr 2027 Mehreinnahmen von 1,5 Millionen Franken als absolut realistisch», so Stauffer. «Den Effekt der Steuerprogression bei den reicheren Rentnern, die es hier doch auch gibt, habe ich dabei gar noch nicht berücksichtigt.»

## Beat Feurer ist weniger optimistisch

Patrick Villard, der heutige Leiter Finanzen und Steuern der Stadt Biel, mag am Dienstagabend die Rechnung seines Vorgängers nicht telquel bestätigen: «Urs Stauffer kann das vielleicht mit seiner 40-jährigen Erfahrung so sagen, aber ich muss dafür vom Kanton erst die genauen Zahlen über die Bieler Rentner und ihre Einkommensklassen haben. Sicher ist nur: Es kommt zu einem höheren Steuerertrag. Das ist rein fiskalisch gut.»

Gestern Mittag liefert Villards Chef, der Bieler Finanzdirektor Beat Feurer (SVP), auf Anfrage eine Schätzung, die um die Hälfte tiefer liegt als diejenige von Stauffer: «Ende 2023 zählte die Stadt Biel 10 000 Einwohner über 65 Jahren. Laut meinen Leuten werden die uns rund 700 000 Franken Mehreinnahmen bescheren.»

Villard bestätigt auf Nachfrage diese Zahl: «Ich habe gestern Abend die 700 000 Fran-



Urs Stauffer, Ex-Steuerwalter der Stadt Biel, staunt über die Rechnung der Stadt. Bild: Matthias Käser/a

ken Handgelenk mal Pi mal ganz konservativ gerechnet. Das kann auch eine Million oder mehr sein, aber es bleibt ein Tropfen auf den heissen Stein.» Feurer begründet die tiefere Zahl zudem noch mit den EL-Bezügern, die «in der Regel keine Steuern zahlen», wenn sie ein Erlassegeschick stellen.

Stauffer staunt über die Rechnung der Stadt: «Budgets der öffentlichen Hand werden in

der Schweiz immer zu tief gerechnet. Eine genaue Zahlenbasis habe ich so wenig wie die Herren Feurer und Villard. Aber aus meinen Erfahrungen in der Vergangenheit kann ich diese tiefe Zahl nicht nachvollziehen und bleibe bei meiner Schätzung von 1,5 Millionen. Denn die Zahl der Rentner steigt jedes Jahr. Und es gibt auch AHV-Vorbezugs-Rentner, die erst 63 oder 64 Jahre alt sind und auch ab 2026 ei-

ne 13. Rente bekommen.» Auch Beat Feurers Argument mit den Bezüchern von Ergänzungsleistungen leuchtet Stauffer nicht ein: «Auch für EL-Bezüger ist der AHV-Teil steuerpflichtig. Und nicht jeder, der EL bezieht, hat Anrecht auf Steuererlass.» Darum bleibt Stauffer dabei: «Die 700 000 Franken sind sicher zu tief gerechnet.»

Egal, ob 700 000 Franken oder 1,5 Millionen, bei den Bie-

ler Parteien kommt das zusätzliche Geld links wie rechts gut an. Susanne Clauss, Co-Präsidentin der SP Biel, freut sich: «Ich glaube nicht, dass sich Urs Stauffer mit seiner Erfahrung verrechnet hat. Diese Mehreinnahmen hatten wir tatsächlich nicht auf dem Radar. Mehr Steuern sind sozialverträgliche Mehreinnahmen, aber ich werde jetzt auch nicht gleich jubeln, denn ich hoffe, dass durch die AHV-Erhöhung nicht zu viele Rentner aus der EL fallen.» Und mit Blick auf die anstehenden Sparübungen hofft die Stadträtin: «Vielleicht können wir dank dieser 1,5 Millionen die eine oder andere Sparmassnahme noch streichen.»

Das hofft auch der Bieler FDP-Ortsparteipräsident Andreas Gerber. «Beim Budget der Stadt werden wir diese Mehreinnahmen berücksichtigen müssen. Wir brauchen jeden Franken, um die tiefroten Finanzen der Stadt wieder ins Lot zu bringen. Vielleicht hilft der Beitrag, am einen oder anderen Ort, etwas weniger sparen zu müssen.»

Auch im Bundeshaus geben die Mehreinnahmen dank der 13. AHV-Rente zu reden. In der nächsten Session ist nämlich eine parlamentarische Initiative des Berner SVP-Nationalrates Erich Hess traktandiert, die die Abschaffung der Besteuerung der AHV-Renten fordert. Für die Magglinger SP-Nationalrätin Andrea Zryd ist heute klar: «Die erwarteten Steuer-Mehreinnahmen dank der 13. AHV-Rente sind für mich ein gutes Argument, gegen die Initiative von Hess zu stimmen.»

## Ein Dorf wird Energiestadt

Schüpfen trägt seit Anfang Jahr das Label Energiestadt. Was bedeutet das für eine solch kleine Gemeinde?

Interview: Simone Lippuner/BZ, Der Bund



Luc Ryffel  
Initiant und ehemaliger Gemeinderat

Labels sind in. Auch Gemeinden können sich in diversen Bereichen überdurchschnittlich anstrengen und dadurch entsprechende Attribute auf die Fahne schreiben. «Gesunde Gemeinde», zum Beispiel. Oder «Kinderfreundliche Gemeinde». Wohl den in jüngster Zeit ansteigenden Cyberattacken geschuldet, ist auch das Label Cyber-Safe bei Gemeinden im Aufwind.

Seit langem etabliert ist das Ökolabel Energiestadt. Der Trägerverein zählt über 600 Mitglieder, vom kleinen Bergdorf bis zur grossen Stadt ist hier fast ein Drittel der Schweizer Gemeinden dabei.

Auch das kleine Schüpfen gehört seit Anfang Jahr zu den zertifizierten Ökogemeinden. Wird heute jedes Dorf zur Energiestadt? Sechs Fragen an den Initianten und ehemaligen Gemeinderat von Schüpfen, Luc Ryffel.

**Luc Ryffel, Schüpfen, eine kleine Gemeinde mit 3800 Einwohnerinnen und Einwoh-**

**ner, ist Energiestadt. Das wirkt ein bisschen vermessen. Wird heutzutage jedes Dorf mit diesem Label ausgezeichnet?**

Luc Ryffel: Man könnte es meinen. Grundsätzlich haben das Label und auch der Prozess jedoch nicht direkt mit der Grösse einer Gemeinde zu tun. Die Massnahmen können klar auf die Gemeindegösse angepasst werden, was mir ein sehr wichtiger Aspekt war in der Entscheidung.

**Braucht es dieses Label, um als Gemeinde eine nachhaltige Energiepolitik zu betreiben?**

Als Gemeinde wie Schüpfen würde ich diesen Prozess niemals wegen eines Labels anstreben. Das wäre ein komplett falscher Ansatz. Vielmehr geht es

um den Einbezug der umwelttechnischen Aspekte im Alltag. Beispielsweise wird im aktuellen Beschaffungsrecht die Nachhaltigkeit bewertet. Dies ist und bleibt jedoch eine Übung ohne Nutzen, wenn man sich nur zum Zeitpunkt einer Beschaffung mit der Nachhaltigkeit auseinandersetzt. Besonders mittelgrosse Gemeinden wie Schüpfen haben selten speziali-

sierte Ressourcen in der Verwaltung im Bereich Nachhaltigkeit. Durch den Prozess, der zum Label Energiestadt führt, wurden wir quasi dazu gezwungen, diese Kräfte zu bündeln und uns auf die wichtigen Massnahmen zu konzentrieren.

**Ist das Label auch eine Marketingstrategie, mit der Schüpfen Zuzüger anlocken will?**

## Der Trägerverein

Der Trägerverein Energiestadt versteht sich als Kompetenzzentrum für lokale Energie- und Klimapolitik in der Schweiz. Seit rund 30 Jahren vereint er Schweizer Gemeinden, von grossen Städten bis zu kleinen Bergdörfern, welche die Herausforderungen im Energie- und Klimabereich durch lokales Engagement meistern wollen.

Eine Energiestadt ist eine Gemeinde oder eine Stadt, die sich für eine effiziente Nutzung von Energie, den Klimaschutz

und erneuerbare Energien sowie umweltverträgliche Mobilität einsetzt. Dafür erhält sie vom Trägerverein Energiestadt alle vier Jahre das Label verliehen.

Aktuell sind auf der Website des Trägervereins 641 Städte und Gemeinden als Mitglieder eingetragen. Das kleinste Mitglied ist die Gemeinde Zwischbergen im Wallis mit 87 Einwohnerinnen und Einwohnern. Grösster Player ist Zürich mit rund 447 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. (sl)

In der Tat könnte das Label für das Marketing genutzt werden. Dies mag wohl für manche Gemeinden oder Städte ein Thema sein. Schüpfen hat in der letzten Ortsplanungsrevision bewusst die Innenentwicklung angestrebt. Bei uns ist das Potenzial für die nächsten 15 Jahre damit jedoch stark begrenzt und ein Bevölkerungswachstum auch kein erklärtes Ziel.

**Welche Stolpersteine lagen auf dem Weg zum Label?**

Der Prozess dauerte rund dreieinhalb Jahre. Anspruchsvoll war die Frage, wie wir die neuen Aufgaben in die bestehende Organisation einbringen. Wir waren uns im Gemeinderat einig, dass wir dafür kein Gremium oder Ressort aufbauen wollen. Es gibt nun eine verantwortliche Person, die schon vorher für das Thema Energie zuständig war. Sie wird die Energiestadt-Themen koordinieren.

**Wie viel kostet es, das Label zu erhalten?**

Die Mitgliedschaft kostet die Gemeinde Schüpfen jährlich rund 1300 Franken. Zudem gibt es alle vier Jahre eine Rezertifizierung,

für die ein Ingenieur uns begleitet und entsprechende Kosten auslöst. Diese halten sich aber in Grenzen.

**Was hat sich in Schüpfen seit dem Label verändert?**

Die Gemeinde hat Ende letzten Jahres das Label erhalten. Seit her hat sich nicht allzu viel verändert. Vor der Erstzertifizierung sind jedoch diverse Massnahmen umgesetzt worden. Beispielsweise organisiert die Gemeinde seit ein paar Jahren Infoveranstaltungen im Bereich Nachhaltigkeit, etwa zum Thema Fotovoltaik. Diese sind meistens gut besucht. Politisch haben wir uns mit dem Thema Gebäudeerneuerung/Neubau auseinandergesetzt und haben entsprechende Richtlinien erlassen, wie nachhaltig eine Sanierung sein muss. Weiter haben wir jüngst für alle Hausbesitzer eine Übersicht erstellt, wo welcher Heizungstyp betrieben werden kann. Und für die gemeindeeigenen Gebäude eruiert wir derzeit, wo die Installation einer Fotovoltaikanlage Sinn macht. Weiteres ist in Planung oder im Gang – das Ganze ist ja ein Puzzle aus vielen kleinen Massnahmen.